

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Nach vier Stunden muss der Krieg vorbei sein](#)
2. [Innenpolitische Mobilisierung in der EU oder äußere Verteidigung?](#)
3. [Trumps „Friedensplan“: Gaza-Waffenruhe geht in die zweite Phase](#)
4. [Chinas neue Seemacht: Der Drohnenkrieg beginnt auf Handelsschiffen](#)
5. [US-Expansion auf dünnem arktischem Eis](#)
6. [Von der Leyen: EU-Geld für Kiew nur bei konsequenter Korruptionsbekämpfung](#)
7. [Die erstaunliche These der Staatsanwälte, die den Ahrtal-Landrat rettet](#)
8. [Europa auf Deflationskurs, und die EZB sitzt schon wieder auf dem falschen Dampfer](#)
9. [Wirtschaftspolitik 2026: Investieren statt sozialem Kahlschlag](#)
10. [Reform der Erbschaftsteuer: Wer reich ist, kann sich arm rechnen](#)
11. [Kampf gegen Steuerhinterziehung: Den Milliarden auf der Spur](#)
12. [Bayerische Versorgungskammer verzockt 700 Millionen Euro - was Versicherte tun können](#)
13. [Bürgergeld-Alarm: Merz-Reform sorgt für „neue Dimension von Armut und Obdachlosigkeit“](#)
14. [In Deutschland fehlen 1,4 Millionen Wohnungen](#)
15. [In Griechenland hat sich eine Bewegung gegen die digitale Entmenschlichung formiert](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Nach vier Stunden muss der Krieg vorbei sein

Wir geben Milliarden für neue Kampfflugzeuge aus. Aber in einer Krise werden wir

nicht einmal telefonieren können.

Sechs Milliarden Franken haben wir vor gut fünf Jahren für den Kauf von 36 amerikanischen Kampfflugzeugen bewilligt. Erhalten werden wir nur einen Teil davon, denn das Militärdepartement hat sich verkalkuliert. Wie viele Flugzeuge es genau sein werden, weiss im Moment niemand.

Auch sonst läuft gerade einiges schief, wenn es um die Sicherheit unseres Landes geht. Zum Beispiel beim Telefonnetz. Gerade gestern hat sich der Bundesrat zwar «für sichere Notrufe» ausgesprochen. Er hat beschlossen: «Mobilfunkanbieter müssen Notstrom ab 2031 sicherstellen.»

Aber was nach einem Machtwort des Bundesrats klingt, ist in Wahrheit eine Bankrotterklärung. Der Bundesrat verpflichtet die Mobilfunkanbieter zwar dazu, eine Notstromversorgung aufzubauen. Ab 2031 müssen Notrufe auch bei einem Stromausfall funktionieren, ab 2034 zusätzlich Telefon, Internet und Radio. Aber bloss vier Stunden lang.

Quelle: [Infosperber](#)

2. Innenpolitische Mobilisierung in der EU oder äußere Verteidigung?

Nach seinem Coup in Venezuela hat US-Präsident Trump offenbar Lust auf mehr bekommen und er droht jetzt gleich mehreren Staaten mit militärischen Interventionen. Dass der Einsatz von US-Bombern gegen den Iran im vergangenen Juni nicht die gewünschten Resultate erbracht hat, war nüchternen Geistern schon bald klar. Neu droht Trump Panama, Kuba, Kanada und sogar Grönland mit militärischen Schritten.

Quelle: [Globalbridge](#)

3. Trumps „Friedensplan“: Gaza-Waffenruhe geht in die zweite Phase

Die Ziele der ersten Phase wurden bisher nur teilweise umgesetzt. Womöglich könnte jetzt wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen kommen.

Beinahe unauffällig hat die US-Regierung am Mittwoch den Beginn der zweiten Phase der Waffenruhe im Gazastreifen angekündigt. Statt einer Pressekonferenz erklärte der US-Sondergesandte Steve Witkoff beim Onlinedienst X, der Schritt läute die „vollständige Demilitarisierung und den Wiederaufbau von Gaza“ ein. Er sehe die „Schaffung einer palästinensischen Technokratenverwaltung“ vor. Die seit mehr als drei Monaten erwartete zweite Phase könnte Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen bringen, lässt jedoch viele Fragen offen.

Quelle: [taz](#)

4. Chinas neue Seemacht: Der Drohnenkrieg beginnt auf Handelsschiffen

Was wie zivile Logistik aussieht, entpuppt sich als Teil einer neuen Seekriegsstrategie - jenseits klassischer Flotten und geltender Regeln. Eine Einschätzung.

Auf den ersten Blick sieht es aus wie ein ganz normales Containerschiff. Doch dann

fallen weiße Kuppeln auf, die ein Handelsschiff nicht haben sollte: militärische Radaranlagen. Verdeckte Waffenstationen.

Ende Dezember 2024 tauchten Bilder der Zhong Da 79 auf, einem mittelgroßen Frachtschiff, das an der Hudong-Zhonghua-Werft in Shanghai lag. Was Beobachter sahen, ließ aufhorchen: Das zivile Schiff war innerhalb weniger Tage in etwas verwandelt worden, das zwischen Arsenal-Schiff und Dronenträger oszillierte.

Quelle: [Telepolis](#)

5. US-Expansion auf dünnem arktischem Eis

Wenn die Arktis schmilzt, dann ist das auch dem Aufheizen des geopolitischen Klimas zu verdanken. Washingtons beharrliches Streben nach Kontrolle über Grönland entlarvt die tiefen Risse in der transatlantischen Allianz. Unter dem Deckmantel von „Sicherheit“ und „völkerrechtlicher Legitimität“ betreiben die USA eine hegemoniale Expansion, die das Prinzip der territorialen Integrität untergräbt und Europa vor einer existenziellen Zerreißprobe stellt. Ein riskantes Spiel auf schwindendem Eis.

Dass der Besitz und die Kontrolle über Grönland „absolut notwendig“ seien, fordert US-Präsident Donald Trump bereits seit seinem Amtsantritt. Diese Behauptung ist nichts Geringeres als der Wunsch nach einer aggressiven Expansion. Mit einer dreistufigen Taktik – der Umdeutung historischer Narrative, der Verknüpfung mit Sicherheitsbelangen und der Instrumentalisierung von Rohstoffinteressen – versucht Washington, seine territorialen Ambitionen als „legitime Ansprüche“ darzustellen. Der Griff nach Grönland treibt die Europäische Union nun in eine Sackgasse.

Quelle: [German.China.org.cn](#)

6. Von der Leyen: EU-Geld für Kiew nur bei konsequenter Korruptionsbekämpfung

Eine Besonderheit dieses Kredits ist, dass es keinen festen Rückzahlungszeitpunkt gibt. Wie aus Unterlagen der EU-Kommission hervorgeht, ist kein konkreter Zeitplan für die Tilgung vorgesehen. Die Zinszahlungen übernimmt der EU-Haushalt. Damit signalisiert Brüssel die Bereitschaft, den Kredit langfristig in der eigenen Bilanz zu halten.

Von der Leyen erklärte zudem, die Ukraine müsse den Kredit erst dann zurückzahlen, wenn Russland sogenannte Reparationen leistet. Eingefrorene russische Vermögenswerte bleiben bis dahin in europäischen Verwahrstellen blockiert. Die Option, diese Mittel künftig zur Tilgung des Kredits zu verwenden, bleibt bestehen. Ein entsprechendes Modell eines „Reparationskredits“ ist weiterhin Teil der Diskussion.

Quelle: [RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: Soso, Voraussetzungen für die Kreditvergabe seien

Fortschritte bei Reformen, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie ein entschlossener Kampf gegen Korruption. Und: „Diese Bedingungen sind nicht verhandelbar“, habe die Kommissionspräsidentin erklärt. Da stellt sich die Frage, ob sich die vermutlich korrupteste deutsche Politikerin an die Ukraine angepasst hat (Stichworte u.a.: [System McLeyen bei der Bundeswehr](#) und „[Pfizer-Gate](#)“) oder soll sich die Ukraine an den Stil der Leyen-Kommission orientieren? Fest steht, [Frau von der Leyen ist eine Katastrophe für Europa](#). Sie ist der irren Annahme erlegen, dass die Ukraine den Kredit erst dann zurückzahlen müsse, wenn Russland sogenannte Reparationen leiste. Aber wann in der Geschichte hat der militärische Sieger Reparationen gezahlt?

dazu: **Zwei Drittel für das Militär, ein Drittel für den Haushalt: EU-Kommission stellt Entwurf für milliardenschweres Ukraine-Darlehen vor**

Die EU-Kommission hat ihren Entwurf für das vereinbarte Darlehen an die Ukraine über 90 Milliarden Euro vorgestellt. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sagte in Brüssel, zwei Drittels des Kredits seien für Militärhilfe vorgesehen und ein Drittel als Haushaltsunterstützung.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

7. Die erstaunliche These der Staatsanwälte, die den Ahrtal-Landrat rettet

Wer trägt die Verantwortung für den Tod von 135 Menschen? Viereinhalb Jahre nach der verheerenden Flut im Ahrtal ist diese Frage immer noch ungeklärt. Der damals amtierende Landrat Jürgen Pföhler kam bislang um eine Anklage durch die Staatsanwaltschaft herum. Jetzt stellt sich heraus: In ihrer Begründung greift die Behörde zu einem erstaunlichen Argument.

Quelle: [Focus Online](#)

8. Europa auf Deflationskurs, und die EZB sitzt schon wieder auf dem falschen Dämpfer

Es geht schon los: Eine der größten deutschen Gewerkschaften, die Chemiegewerkschaft IGBCE, geht ohne konkrete Forderung in die Tarifverhandlungen, die noch im Januar beginnen. „Jeder Job zählt, jeder Euro zählt“, plakatiert die Gewerkschaft zwar, wer aber die Jobs klar vor die Euros stellt, will nicht mehr Geld, sondern Beschäftigungssicherung. Und Beschäftigungssicherung, so die gewerkschaftlich-betriebswirtschaftliche Pseudologik, bedeutet Verzicht bei den Löhnen. Die Arbeitgeber haben eine Nullrunde angeboten und man kann jetzt schon ziemlich genau sagen, was rauskommt: Ein Abschluss in der Nähe von 1.5 Prozent. Bei VW in Deutschland stehen die Mitarbeiter sogar „vor schmerzhaften Einschnitten“, weil der Konzern all die Klauseln zieht, die im letzten Tarifvertrag vereinbart worden

sind, wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht durchgreifend verbessert.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

9. Wirtschaftspolitik 2026: Investieren statt sozialem Kahlschlag

Soziale Einschnitte sollen nach der Vorstellung der Arbeitgeber und Teilen der Union für einen Wirtschaftsaufschwung sorgen. Mit guter Wirtschaftspolitik haben solche Vorschläge nichts gemein. Stattdessen müssen jetzt Investitionen in Gang gesetzt und eine aktive Industriepolitik betrieben werden, meint das #schlaglicht 01/2026 aus Niedersachsen.

Quelle: [DGB Niedersachsen #schlaglicht](#)

dazu auch: **Die Wirtschaft braucht mehr Steuern und höhere Löhne**

Die großen Verbände fordern neben weniger Bürokratie und niedrigeren Energiekosten vor allem niedrigere Steuern und Arbeitskosten. Doch Deutschland war noch nie Niedriglohn- oder Niedrigsteuerland. Tatsächlich würden niedrigere Arbeitskosten und Steuersenkungen das Land keineswegs wettbewerbsfähiger machen.

Es sind gerade diese beiden Faktoren, aufgrund derer es im vergangenen Jahr überhaupt ein Wachstum gab: der private Konsum und die staatlichen Investitionen. Nötig sind dafür gute Löhne und für den Staat Steuereinnahmen.

Quelle: [taz](#)

10. Reform der Erbschaftsteuer: Wer reich ist, kann sich arm rechnen

Das Bundesverfassungsgericht urteilt wohl 2026, ob die aktuelle Erbschaftsteuer verfassungskonform ist. Doch was wird da eigentlich beklagt?

Das Bundesverfassungsgericht prüft gerade die sogenannte Verschonungsbedarfsprüfung und will in Kürze ein Urteil fällen. Hinter dem sperrigen Begriff verbirgt sich eine Regelung aus dem Erbschaftsteuerrecht, die es in sich hat. Knapp gesagt: Wer mehr als 26 Millionen Euro betriebliches Vermögen erbt und nachweisen kann, dass sie oder er kein privates Vermögen hat, muss unter Umständen keinen Cent Steuern zahlen.

Quelle: [taz](#)

dazu: **Erbschaftsteuer: Die Lobby lügt**

Die Arbeitgeberlobby schämt vor Wut, weil die SPD die Erbschaftsteuer reformieren will. Ihre Argumente aber sind lächerlich

Kaum schlägt die SPD vor, die Erbschaftsteuer auch nur etwas gerechter zu gestalten, läuft die Lobby der Superreichen heiß. Wirtschaftsverbände, konservative Leitartikler und vermeintliche „Mittelstandsretter“ aus der Politik sprechen von Enteignung,

Leistungsfeindlichkeit und einer drohenden Pleitewelle. Die Reflexe einer mächtigen Lobby folgen aber einem manipulativen Muster: maximale Empörung, minimale Fakten.

Besonders prominent sind in der Debatte diese zwei Mythen. Und besonders auffällig: Wie sich SPD-Chef und Finanzminister Lars Klingbeil wegduckt.

Quelle: [Maurice Höfgen](#)

dazu auch: **Erbschaftssteuer: Wer zahlt wie viel - und warum manche so wenig?** Welche Regelungen zur Erbschaftssteuer gibt es in Deutschland? Warum gelten sie als reformbedürftig? Ein FAQ zum Konzept der SPD für eine neue Erbschaftssteuer.

Quelle: [NDR](#)

und: **Wirtschaftsweiser Truger warnt vor Einheitssteuer für Erbschaften**

Ifo-Chef Clemens Fuest empfiehlt einen einheitlichen, abgesenkten Steuersatz für Erbschaften. Achim Truger hält eine solche "Flat Tax" nicht nur für ungerecht. Die Steuereinnahmen würden dadurch noch geringer ausfallen.

Quelle: [n-tv](#)

11. Kampf gegen Steuerhinterziehung: Den Milliarden auf der Spur

Dem deutschen Staat entgehen durch Steuerhinterziehung jedes Jahr bis zu 200 Milliarden Euro – und das ist nur eine grobe Schätzung. Doch der Staat selbst könnte etwas dagegen tun.

Deutschland hat mehrere Behörden, deren Aufgabe es ist, Steuerhinterziehung aufzuklären. Trotzdem entgehen dem Staat geschätzt bis zu 200 Milliarden Euro pro Jahr, weil Steuern nicht gezahlt werden. Wo also sind die Lücken bei deren Arbeit? Neben fehlender Vernetzung von Behörden, Zuständigkeitswirrwarr und fähigen Mitarbeitern an den richtigen Positionen ist vor allem der politische Wille zur Strafverfolgung entscheidend.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

12. Bayerische Versorgungskammer verzockt 700 Millionen Euro - was Versicherte tun können

Millionen verzockt: Die Bayerische Versorgungskammer (BVK) steht wegen riskanter Immobiliengeschäfte massiv unter Druck. Millionen Versicherte fragen sich, wie sicher ihre Altersvorsorge ist und was sie jetzt tun können. [...]

Wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, investierte die BVK nun aber bis zu 1,6 Milliarden Euro in mehrere US-Immobilienprojekte, darunter Bürogebäude und Hotels in Manhattan, San Francisco, Miami sowie weiteren Metropolen. Teile dieser Objekte erwiesen sich als sanierungsbedürftig, standen leer oder mussten mit Verlust verkauft

werden.

Quelle: [Focus Online](#)

13. Bürgergeld-Alarm: Merz-Reform sorgt für „neue Dimension von Armut und Obdachlosigkeit“

Die Bürgergeld-Reform kommt im Bundestag an: Nachdem sich Union und SPD Ende des vergangenen Jahres auf die Eckpunkte der „neuen“ Grundsicherung geeinigt haben und das Bundeskabinett unter Kanzler Friedrich Merz den Gesetzentwurf beschloss, sind jetzt die Abgeordneten an der Reihe. Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften warnen vor der ersten Lesung im Parlament vor den Folgen des Umbaus. „Die Verschärfungen bringen kaum Einsparungen, können Betroffene im schlimmsten Fall aber ihr Zuhause kosten“, teilte das Bündnis mit.

Quelle: [FR Online](#)

dazu: **Noch mehr Härten, noch mehr Demütigungen**

Der Bundestag beschäftigt sich mit der Verschärfung der Sanktionen beim Bürgergeld. Im Zentrum der Debatte steht die Figur des „Totalverweigerers“. [...]

Die Debatte wird bestimmt vom Bild der angeblich so vielen Faulen, die arbeiten könnten, aber lieber Freizeit auf Kosten des Staates machen: den sogenannten Totalverweigerern, die dauerhaft unkooperativ sind und Termine beim Jobcenter schwänzen. Selbst das Arbeitsministerium betont, dass es sich hierbei um ein Zerrbild handelt. Weniger als ein Prozent der Bürgergeldempfänger:innen galten zuletzt als „Totalverweigerer“.

Tatsächlich seien häufig psychische Erkrankungen der Grund, weshalb Betroffene nicht zu Terminen beim Jobcenter erscheinen, sagt Nils Wohltmann. Er ist Berater des Berliner Arbeitslosenzentrums der evangelischen Kirchenkreise, kurz BALZ. „Der Anteil von Menschen mit psychischen Erkrankungen in unserer Beratung nimmt zu“, berichtet Wohltmann.

Quelle: [taz](#)

14. In Deutschland fehlen 1,4 Millionen Wohnungen

Die Wohnungsnot hat bundesweit einen Rekordwert erreicht, und die Lage soll sich erst mal nicht bessern. Zu dem Ergebnis kommt das Pestel-Institut in einer neuen Studie. Vor allem westliche Bundesländer seien betroffen. [...]

»Die Lösung der sozialen Frage dieser Zeit, wie es die Politik gern formuliert, ist auch die notwendige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung des Landes«, sagte Günther. Auftraggeber der Studie war das Bündnis Soziales Wohnen, ein Zusammenschluss des Deutschen Mieterbunds, der IG Bau, der Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau und anderer Organisationen. Am stärksten unter der

Entwicklung leiden wegen ihrer begrenzten Einkommen demnach die junge Generation bis 25, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

dazu auch: **Studie: In Berlin fehlen zehntausende Wohnungen**

Wer eine Wohnung in Berlin sucht, muss nicht nur zahlungskräftig sein, sondern braucht auch sehr viel Geduld. Wie viele Neubauten es bräuchte, um den Bedarf zu decken, hat eine Studie berechnet.

In Berlin fehlten laut einer Studie bereits Ende 2024 rund 56.000 Wohnungen.

Gleichzeitig steigt der Bedarf in den kommenden Jahren weiter an, wie die Analyse des Pestel-Instituts zeigt.

Quelle: [stern](#)

15. In Griechenland hat sich eine Bewegung gegen die digitale Entmenschlichung formiert

In Griechenland hat sich eine religiös inspirierte Bewegung gegen den „digitalen Totalitarismus“ namens „Exodus“ gebildet. Sie wendet sich mit dem Ziel der Wahrung der Menschenwürde gegen die verpflichtende digitale Identität. Das Gründungsmanifest der Bewegung, das auch auf Deutsch vorliegt, warnt vor der Gefahr, dass wir von einem Der-Computer-sagt-nein-System zum Untertan von Programmierern gemacht werden:

Quelle: [Norbert Häring](#)